

AUCH HELMUT SAH DEN YETI NICHT...

Trotzdem: Keine BMZ-Mittel für die Suche nach dem Fabeltier

Am 19.7. trafen der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Frau zu einem dreitägigen Staatsbesuch in der nepalischen Hauptstadt Kathmandu ein. Hauptthema der Gespräche war der westdeutsche Beitrag zur Entwicklungshilfe in Nepal. Neben den regelmäßigen Zahlungen an internationale Organisationen, habe die Technische Hilfe 1986/87 28 Mio. DM, die Finanzhilfe 45 Mio. DM ausgemacht, sagte H.H.Sawitzki von der GTZ (Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) der Rising Nepal am 12.7. Die Unterstützung sei konzentriert auf landwirtschaftliche Programme und Projekte der Stadtentwicklung. Die Bundesregierung habe aber auch finanzielle Mittel beim Bau des Marsyangdi-Staudamms bereitgestellt und wolle sich am Wiederaufbau der Zementfabrik von Chobhar beteiligen.

In seiner Rede vor dem Parlament am 20.7. äußerte der Kanzler Sympathie für die nepalischen Entwicklungsmaßnahmen und unterstützte das 'Programm 2000' mit einer weiteren Hilfe von 25 Mio. DM, die zum größten Teil für die Wasserkraft-Projekte (19,3 Mio) und für die industrielle Entwicklung bestimmt sind.

In keinem anderen Land bedankt sich die Privatwirtschaft wohl so offen für Zuwendungen der Entwicklungshilfe wie in Nepal, denn am folgenden Tag war die 'Rising Nepal' voll von Willkommensgrüßen, die mit immer wieder den gleichen Bildern von Helmut Kohl und seiner Frau Hannelore geschmückt waren. Bei der 'Himal Cement Company', die der Kanzler besonders zu unterstützen bekanntgab, war die Anzeige mit einer halben Seite am größten.

Der ihn begleitende Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans Klein, besuchte das 110 km westlich von Kathmandu gelegene Wasserkraft-Projekt Marsyangdi am 21.7. und begrüßte die nepalischen Bemühungen um internationale Hilfe zur Fertigstellung dieser Projekte.

Die Reaktion der Presse war zunächst erwartungsgemäß positiv; einzig die Inap Weekly vom 22.7. klagte, daß der Kanzler in seiner Rede vor dem Parlament nicht ein einziges Wort zum Panchayat-System gesagt habe. Somit habe der Besuch keinen sichtbaren politischen Gewinn ergeben. Erst nach diesem großen Ereignis gab es dann auch deutlich kritischere Stimmen zu Entwicklungsmaßnahmen im Land. Die Jana Samvad Weekly spricht offen von Korruption und Verschwendung von Geldern, die eigentlich zur Entwicklung der dörflichen Wasserversorgung gedacht waren.

Während das Ziel eines 510 Mio. Nrs Projektes, die Bewässerung von 4000 Hektar Land, nur zu 10% erreicht worden sei (und das Budget nun ausgeschöpft

ist), seien ausländische Experten mit monatlich ca. 15000 DM dafür entlohnt worden, nichts zu tun. (Jana Samvad Weekly 13.8.87)

Die Reise des Bundeskanzlers, sowie solche Vorwürfe sind Grund genug, wieder einmal grundsätzlich über Entwicklungshilfe in Nepal nachzudenken. Nicht die fehlende finanzielle Unterstützung der Entwicklungsmaßnahmen sei das Problem, sondern eher ein Zuviel an ausländischem Geld, das über dem Land ausgeschüttet werde, schreibt Michael Luhan in der Juli/August-Ausgabe des 'Development International'. Jedem, der sich etwas genauer mit der Materie und dem Staat Nepal befaßt hat, wird anhand der Statistiken aufgefallen sein, daß der 'Plan 2000' völlig unrealistisch ist und eher der Verzweiflung Ausdruck verleiht, die mit solchen Visionen die Bevölkerung vom Erkennen der wahren Verhältnisse ablenken soll. Daß selbst die städtische Elite den asiatischen Standard bis zur Jahrtausendwende nicht erreichen wird, leuchtet jedem ein; doch was soll erst der weitaus größere Teil der Landbevölkerung tun, wenn die Nahrungsmittel jetzt schon knapp sind? Die Produktion von Reis oder Weizen mag sogar geringfügig gestiegen sein, dafür hat aber der Export und der Schmuggel dieser Produkte nach Indien so stark zugenommen, daß man ihn nicht mehr vernachlässigen kann. Auch wenn dazu natürlich keine Zahlen vorliegen, kennen wir genügend Beispiele von Verteilungsmißbrauch aus Indien oder z.B. Thailand.

Trotz einer 'Dekade der Familienplanung' ist das Bevölkerungswachstum nicht gesunken und man wird in absehbarer Zeit auch keine Fortschritte machen, wenn die dafür notwendige Entwicklung in anderen Bereichen nicht von unten angepackt wird.

Nepal ist ein Land, bei dem die gleichen Fehler wie in anderen Entwicklungsländern auch gemacht werden, weil Geldgeber unterschiedlicher Herkunft nach wie vor an längst veraltete, globale Entwicklungsmodelle glauben und die Bürokratie der Nehmerländer zu Durchführungsinstanzen von Interessen gemacht werden, die nicht die der Unterstützungsbedürftigen sein können. Ein Vergleich mit Nepals Nachbarn Bhutan lohnt sich, denn hier gibt es weit weniger Büros ausländischer Entwicklungsorganisationen und dennoch kann das Land der Statistik nach mit dem Pro-Kopf-Einkommen Nepals mithalten. Durch die weitgefächerte und umfangreiche ausländische "Hilfe" im großen Stil hat Nepal die Initiative und Eigenverantwortung zum großen Teil an Fremde abgegeben, die meist nur kurz im Lande sind und nur sehr selten in die wirklich bedürftigen Landesteile gereist sind. Selten haben diese "Experten" das gleiche Wasser getrunken wie die Bauern und ihre Freizeit mit der Bevölkerung im direkten Umfeld eines Entwicklungs-

projektes verbracht, um sich in die Lage der Einheimischen zu versetzen und deren wahre, unmittelbare Bedürfnisse kennenzulernen. Statt vieler kleiner und an die lokale Situation angepaßter Projekte, stehen nach wie vor die prestigeträchtigen Mammutbauvorhaben im Vordergrund. Das Beispiel des lebenswichtigen und so vielseitigen Rohstoffs Wasser kann aus eigener Erfahrung mit einem Kleinprojekt im Hügellgebiet außerhalb des Kathmandu-Tales immer wieder anschaulich machen, worum es eigentlich gehen müßte: zuerst die Versorgung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu garantieren. Wenn immer stärker steigende Ausgaben für waghalsige Projekte durch höhere Preise und Steuern von der vorwiegend ländlichen Bevölkerung bezahlt werden müssen, dann muß man sich nicht wundern, wenn diese aus purer Verzweiflung weiter Raubbau an der Natur betreibt oder resigniert in die Städte abwandert und sich die Probleme dadurch verdoppeln.

Kein Wandel in Sicht, solange Profitinteresse und bürokratische Sachzwänge der Geberländer vorrangig sind, die Umsetzung von Entwicklungsvorhaben oft ebenfalls von eigenen Interessen geleitet wird und eine Verbesserung der Situation strukturelle Änderungen erfordern würde, die sehr viel Zeit in Anspruch nehmen.

Die bäuerlichen Regionen um die größeren Städte der Täler und im Süden, an der Grenze zu Indien, sind von den falschen Entwicklungswegen besonders betroffen, weil diese immer weiträumiger in deren Versorgung miteinbezogen werden. In Dörfern um das Kathmandu-Tal bleiben kaum Früchte zur Versorgung der Familien mit notwendigen Vitaminen zurück; Mandarinen, Bananen und Limonen werden fast ausschließlich in die Stadt verkauft, um Geld für den teuren chemischen Dünger zusammen zu bekommen. Kann dieser Trend noch aufgehalten werden?

Claus Euler

bangladesh



OPPOSITION GEGEN ERSHAD

Der für den 12. Juli 1987 ausgerufene Streik der Studentenvereinigung CSAC (zentraler studentischer Zusammenschluß in Bangladesh seit 1982) und SKOP, dem wichtigsten Gewerkschaftsverband Bangladeshs, wurde im ganzen Land befolgt. Man protestierte gegen den verabschiedeten Staatshaushalt, der vom Internationalen Währungsfond (IWF) vorgeschriebene Kürzungen im Sozialbereich und Steuererleichterungen für Luxusgüter vorsieht und verlangte den Rücktritt der Regierung.

Am selben Tag wurde im Parlament das umstrittene Distrikt-Parlamentsgesetz "Zila Parishad Bill" verabschiedet. Dieses Gesetz sieht die Präsenz des Militärs im Distriktparlament in Form von berufenen Mitgliedern vor. Obwohl diese kein Stimmrecht haben, ist der Einfluß der Armee jedoch gesichert. Die Opposition bezeichnet den Zustand zu Recht als "schleichende Militarisierung". Die Aussage eines Regierungsmitglieds, die Militärs würden zu "Entwicklungsarbeiten" in die Entscheidungsgremien berufen, scheint eher belustigend. Die Opposition im Parlament, die zu der Gesetzesverabschiedung nicht einmal angehört wurde (innerhalb von 5 Minuten war das Gesetz angenommen) verließ unter Protest den Saal. Wegen des umstrittenen Gesetzes wurde der Generalstreik um zwei weitere halbe Tage verlängert. Dem Aufruf des studentischen Aktionskomitees und der Gewerkschaften schlossen sich erstmals seit dem Bruch des Oppositionsbündnisses der 22 Parteien im April 1986 auch die innerpar-

lamentarische Opposition unter Führung der "Awami League" und die außerparlamentarische Opposition mit der 7-Parteienallianz unter Führung der "BNP" sowie die linksgerichtete 5-Parteienallianz an. Der Studentenbewegung kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Bangladesh Bevölkerung lebt zu 90% auf dem Land. Die meisten davon in einer Situation, in der über den Kampf um das reine Überleben hinaus politische Aktivitäten kaum möglich sind. So konzentriert sich Parteipolitik fast völlig auf die städtischen Zentren, wo Studenten eine große Rolle spielen. Anfänge des studentischen Protests gehen zurück auf die Sprachbewegung in Ostpakistan (1952), die für die Beibehaltung von Bengali und gegen die Einführung des regionsfremden Urdu als Landessprache eintrat. Studentische Aktionen, die bis 1970 fast jedes Jahr stattfanden, führten mit zum Befreiungskrieg und der Entstehung Bangladeshs im Jahr 1971. Danach gab es elf Jahre lang keine aktive Studentenbewegung in Bangladesh. Erst 1982, als nach 2 Militärputschen General Ershad die Macht übernahm, wurden Studenten wieder aktiv. Diesmal war ihr Hauptanliegen, die Oppositionsparteien zum Widerstand zu bewegen.

1982 wurde das CSAC gegründet. Trotz Pressezensur und offiziellem Verbot politischer Aktivitäten demonstrierten Studenten in mehreren großen Aktionen von September 1982 bis Februar 1983 gegen die fundamentalistisch-islamische Bildungspolitik Ershads. Bei einer Demonstration am 14. Februar 1983 kamen etwa 50 Studenten ums Leben. Die Vorfälle